WALTER HIRCHE

Rahmenbedingungen des Wirtschaftsstandortes Deutschland – Sicht der Menschen in den neuen Bundesländern –

Wer sich wirklich gründlich über den Wirtschaftsstandort Deutschland, insbesondere die Umbruchsituation im Osten Deutschlands informieren will, der darf sich nicht mit ökonomischen oder sozialen Betrachtungen begnügen. Die derzeitige Situation in Deutschland ist wesentlich durch sozialpsychologische und kulturhistorische Entwicklungen, Trends und Fragestellungen bestimmt. Deutlich wird dies z.B. in der Orientierung der Menschen auf der Zeitachse. Wirtschaftliche Umstrukturierungsprozesse, die im Westen Deutschlands z.B. im Ruhrgebiet 30 Jahre gedauert haben, sind im Osten Deutschlands in 3 Jahren verlaufen.

Wir erinnern uns, daß vor einigen Jahren in Rheinhausen 3000 Arbeiter, denen die Schließung des Hüttenwerks Rheinhausen drohte mit der Folge, daß sie 9 km entfernt einen neuen Arbeitsplatz hätten übernehmen sollen, die halbe Republik in Atem gehalten haben und durch Besetzung der Rheinbrücke den Staat genötigt haben, der, wie das Kaninchen vor der Schlange, regungslos blieb. Im Osten Deutschlands hat z.B. die Braunkohle nicht nur fast zwei Drittel ihres Fördervolumens verloren, sondern die Zahl der Mitarbeiter wird sich um mindestens 75% verringern. In der Lausitz sind von etwa 100000 Menschen, die 1989 direkt in der Braunkohle tätig waren, im Jahre 1992 noch 30000 tätig. Im Jahr 2000 werden vielleicht noch 15000 übrig sein. Im Bereich der Peripheriearbeitsplätze sieht dies noch einmal so aus. Wenn Sie diesen Verlust von weit mehr als 100000 Arbeitsplätzen in einer Region mit etwa 1 Mio Einwohnern auf Nordrhein-Westfalen mit seinen 17 Mio Einwohnern hochrechnen, so wäre das dort ein Verlust von mehr als 1 Mio Arbeitsplätzen in nur knapp 3 Jahren. Wo ständen wir da in Deutschland! Was aber im Osten Deutschlands passiert, regt in Wirklichkeit im Westen niemanden auf. Das ist deutsche Wirklichkeit 1993.

Eine erste Amtshandlung der damals neu gebildeten brandenburgischen Landesregierung war 1990, daß sie 2 Wochen nach ihrer Vereidigung von ca. 120000 Landesbediensteten 40000 kündigen mußte. Im Stahlwerk Eisenhüttenstadt werden von früher 11000 Beschäftigten etwa 2000–3000 weitere Anstellung haben. Im Halbleiterwerk Frankfurt/Oder sind es schon jetzt statt früher (1989) 8000 1992/93 nur noch 650. Es ist aber nicht nur der Verlust des Arbeitsplatzes, der schmerzt, sondern Desorientierung betrifft zusätzlich auch die einfachen Dinge des täglichen Lebens. Alles hat sich geändert. Für alles gibt es neue Formulare und neue Bezeichnungen.

Wir alle aber leben in einer bestimmten Zeit und mit einer Zeit. Wenn sich zuviel auf einmal ändert, dann geht im schnellen Wandel die Orientierung verloren. Jeder lebt nur

noch nach seinem eigenen Gefühl. Wenn aber in einer Gesellschaft alles auseinanderläuft, keine ausreichenden allgemeinen Erfahrungen in Ruhe gesammelt werden können, dann sind kulturelle Fundamente gefährdet und sozialpsychologische Erschütterungen gehen weit über den Tag hinaus. Das Orientierungsgefühl und die innere Ruhe gehen verloren. Das insbesondere ist die Situation in Deutschland Ost. Aber wir alle wissen, auch in Deutschland West sind die Dinge nicht mehr so geordnet wie bisher.

Dies vorausgeschickt, will ich heute über einige konkrete Dinge reden, die allerdings auch mit dem Faktor Zeit zu tun haben. Denn wenn so viel abbricht in unverantwortlich kurzer Zeit, dann ist es besonders wichtig, beim Aufbau dem Faktor Zeit die gebührende Stellung zu geben. Zu zwei Bereichen speziell möchte ich etwas sagen, zum Problem der Planungs- und Genehmigungsverfahren und der Praxis in Brandenburg sowie zu den Rahmenbedingungen des Wirtschaftsstandortes Deutschland in Verbindung mit wirtschaftlichen Fragen beim Aufbau Ost.

1. Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren

Deutschland ist als attraktiver Wirtschaftsstandort zunehmend in der Diskussion. Sehr verkürzt läßt sich sagen, daß in der alten Bundesrepublik als Maßnahmen zur Steigerung der Standortattraktivität in erster Linie und zunehmend staatliche Direktsubventionen oder solche in Form von Steuererleichterungen angesehen wurden. Fundamentale Fragestellungen, wie die nach Arbeitsdisziplin und Leistungswilligkeit schlechthin, rückten demgegenüber in den Hintergrund. Im Osten Deutschlands hat man seit der Wiedervereinigung erkannt, daß Finanzhilfen allein in vielen Fällen nicht das Entscheidende sind, vielmehr rückt zunehmend die Fähigkeit oder Unfähigkeit der Verwaltung in den Vordergrund, die investitionsbegleitenden Verwaltungsverfahren mit größtmöglicher Beschleunigung zum Abschluß zu bringen. Die Gründe hierfür sind vielfältig. An vorderster Stelle steht, daß für Firmen, die investieren wollen, im Wettbewerb der Faktor Zeit das Wichtigste ist. Gewiß, Investitionszuschüsse und Steuernachlässe sind als Anreize nicht zu vernachlässigen, aber hochgerechnet auf eine längere Zeitdauer der Investition verlieren sie viel von ihrer Augenblicksattraktivität. Was für Unternehmen zählt, ist der Marktanteil, die Möglichkeit, die gewünschten Produkte auch tatsächlich zu verkaufen. Dazu muß man vor den Konkurrenten mit entsprechender Qualität und entsprechenden Preisen im Markt sein. Der Zeitfaktor zählt! Und deswegen spielt für den Erfolg von Investitionen eine entscheidende Rolle, ob Investitionspläne, die Marktstrategien zugrunde liegen, auch präzise eingehalten werden können.

Daß das Verwaltungshandeln so stark in den Vordergrund gerückt ist, hängt auch damit zusammen, daß seit der Wiedervereinigung die Finanzdecke der öffentlichen Hand, bezogen auf ganz Deutschland, kürzer geworden ist. Es ist dem Staat einfach nicht mehr möglich, Investoren mit hohen Subventionen zu gewinnen, wenn gleichzeitig personalintensive langjährige und deshalb teure Genehmigungsverfahren ablaufen und teuer finanziert werden müssen. Die stärkere Subventionskontrolle seitens der EG

tut ein übriges. Auch haben die Bürger der neuen Bundesländer – und das mit Recht – nicht die Geduld, wegen langer Planungs- und Genehmigungsverfahren Jahrzehnte darauf zu warten, bis ihre Lebensverhältnisse denen der Bürger der alten Bundesländer entsprechen.

Neu ist die Meßlatte Tempo gegenüber der staatlichen Administration nicht. Der südwestdeutsche Liberale Robert von Mohl sagte schon 1872, also kurz nach der Reichsgründung, die ebenfalls eine Vereinigungsentscheidung mit erheblichen ökonomischen Konsequenzen war, in seiner Enzyklopädie der Staatswissenschaften zum Zeitfaktor bei Verwaltungsverfahren:

„Eine Verzögerung ... über die Zeit hinaus, welche eine gründliche Bearbeitung ... erfordert, ist ein Unrecht gegen die Unterthanen."

Während 1872 langjährige Verfahren noch als Unrecht gegenüber den Staatsbürgern angesehen wurden, herrschte 100 Jahre später die entgegengesetzte Meinung vor, nämlich daß es mit dem Rechtsstaatsgebot unvereinbar sei, die Verwaltung vorrangig auch an ihrer Effizienz zu messen. In welchem Zeitraum ein Verwaltungsverfahren abgewikkelt wird, war für die rechtsstaatliche Denkweise der 70er Jahre irrelevant. Das Gleiche galt für die Kosten. Schnelligkeit und Kostenminimierung standen im Verdacht, zu einem Demokratie- und Rechtsschutzdefizit zu führen.

Zeitdruck schmälere die Partizipationsrechte und den Rechtsschutz des Bürgers, so argumentierte man. Die Verwaltungsverfahrensgesetze des Bundes und der alten Bundesländer, die aus den Jahren 1976/77 stammen, enthalten daher kein ausdrückliches Beschleunigungsgebot. Aus dem Grundgesetz läßt sich dieses auch nicht unmittelbar herleiten. Artikel 20, Abs. 3, bestimmt lediglich, daß die Staatsgewalt vom Volke ausgeht und die vollziehende Gewalt an Gesetz und Recht gebunden ist. In Parenthese läßt sich zumindest anmerken, daß man der Verfassung der DDR den Grundsatz der Beschleunigung von Verfahren in Artikel 2 entnehmen konnte, der die Erhöhung der Effektivität zur entscheidenden Aufgabe der „entwickelten sozialistischen Gesellschaft" erklärte. Auch wenn sich eine glatte Gleichsetzung der rechtlichen Situation vor und nach der Vereinigung völlig verbietet, so bleibt doch im Bewußtsein der Bürger im Osten Deutschlands, daß der Rechtsstaat heute auf die verschärften Probleme der Umbruchsituation mit sehr viel längerem Atem umständlicher reagiert, als dies früher in einer „Normalsituation" der Fall war. Dies fördert nicht Vertrauen in die Demokratie, sondern Unmut über den Rechtsstaat.

Der Rechtsstaatsbegriff, der in den 70er Jahren in Orientierung an größeren Partizipationsmöglichkeiten für den Einzelnen geprägt wurde und die Forderung nach mehr Marktwirtschaft, erwecken auf den ersten Blick den Eindruck, miteinander im Widerspruch zu stehen.

Bremsende verfahrensrechtliche Partizipationsrechte und Rechtsschutzmöglichkeiten des Bürgers scheinen mit der Entfaltung der marktwirtschaftlichen Kräfte unvereinbar zu sein. Eine solche Unvereinbarkeit besteht aber nur scheinbar. Nach richtigem Verständnis des Rechtsstaates ist auch das Gebot der beschleunigten Durchführung von Verfahren Teil des Rechtsstaatsbegriffs. Dies ist allerdings in Vergessenheit geraten.

Ein demokratischer Staat und seine Repräsentanten beziehen ihre Legitimation näm-

lich nicht nur aus Wahlen und Abstimmungen, sondern auch aus ihrer administrativen Leistungsfähigkeit. Nicht der Staat, der den Bürger auf jeder Verwaltungsebene bei der Vorbereitung von Entscheidungen partizipieren läßt und dabei zum Beispiel bei Planfeststellungsverfahren Anhörungen mit Festivalcharakter zuläßt, genießt ein Höchstmaß an Legitimation, sondern der Staat, der aufgrund der Leistungsfähigkeit seiner Verwaltung die besten Ergebnisse für seine Bürger erzielt. Die verfahrensrechtliche Mitwirkung und Einbeziehung des Bürgers an maßgeblicher Stelle versteht sich dabei von selbst.

Die schlechten Erfahrungen der Bürger der neuen Bundesländer in den letzten 2 Jahren mit komplizierten Verfahrensvorschriften veranschaulichen, daß langjährige Verfahren wirtschaftliche Entwicklungen massiv behindern, insbesondere angesichts hoher Erwartungen. Es ist im übrigen eine Binsenweisheit: Mit den komplizierten Rechtsvorschriften der 90er Jahre hätte das Wirtschaftswunder der 50er Jahre in der alten Bundesrepublik nicht stattfinden können. Manch einer sieht darin eine vorsätzliche Verlangsamung auf dem Weg zur Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse zwischen Ost und West. Andererseits liegen die Dinge nicht so einfach, daß vorhandene Mitwirkungsrechte der Bürger einfach beiseite geschoben werden könnten, denn psychologisch ist es schon schwierig, Einschränkungen dieser Partizipationsrechte genau jetzt vorzunehmen, wo es um den Beginn einer neuen Demokratie geht. Aber es ist notwendig, einen Weg zu finden, der das Feld nicht allein Ostidealisten und Westideologen überläßt und das Bewußtsein der breiten Bevölkerung völlig beiseite schiebt.

Es ist nicht zufällig, daß eine kontroverse Diskussion über die richtige Gewichtung dieser Fragen auch die brandenburgische Landesregierung umtreibt. Hier gibt es Differenzen der Bewertung darüber, wie dem Gebot der schnellen Arbeitsplatzschaffung am besten Rechnung getragen werden kann. Wie der Zufall es will, berät gerade in dieser Stunde der Bundesrat über neue Vorschläge der Bundesregierung zur Vereinfachung von Planungen und Investitionen.

Als brandenburgischer Wirtschaftsminister erlebe ich jeden Tag, wie wichtig die administrative Leistungsfähigkeit für den wirtschaftlichen Aufschwung und das Ansehen der staatlichen Ordnung beim Bürger ist. Der Erfolg einer Landesregierung wird von den Bürgern zur Zeit vor allem an ihrer eigenen ökonomischen Situation abgelesen. Dies ist verständlich, wenn man weiß, daß im Vergleich zu 1989 fast jeder Zweite seinen Arbeitsplatz verloren hat. Verlierer sind insbesondere die Frauen. Die statistischen Arbeitslosenzahlen täuschen über die Schwäche des Arbeitsmarktes hinweg. Sie ist eklatant, auch wenn bei einem Vergleich der Gesamtschwächezone Arbeitsmarkt, also unter Berücksichtigung nicht nur der Arbeitslosen, sondern auch der Kurzarbeiter, der Menschen in ABM und Qualifikationsmaßnahmen sowie der Vorruheständler und derjenigen, die Altersübergangsgeld beziehen, die Vergleichszahlen Ende 1992 bei 85% von Ende 1991 lagen.

Aber es bleibt dabei: Im Vergleich zu 1989 hat fast jeder Zweite seinen Arbeitsplatz verloren, in der Industrie sogar drei von vier. Die Zahl der Industriearbeitsplätze war in der DDR 1989 im Vergleich zur Bundesrepublik Deutschland doppelt so hoch – ein Zeichen für den Modernitätsstau. Jetzt ist die Zahl im Osten Deutschlands halb so hoch

wie im Westen – ein Zeichen für strukturelle Probleme. Deshalb muß sich der Wirtschaftsminister überall dort „einmischen", wo die Dinge im Zusammenhang mit dem Neuaufbau der Wirtschaft nicht vorankommen.

Das kann auch in anderen Ressortbereichen sein, überall dort, wo Planungs- und Genehmigungsverfahren anstehen. Der Wirtschaftsminister muß sich einmischen, etwa wenn sich die Hoffnung auf einen Arbeitsplatz in einem Industriebetrieb nur deshalb zerschlägt, weil eine Genehmigung zur Errichtung einer Betriebsstätte nicht schnell genug erteilt wird.

Als Wirtschaftsminister besitze ich kaum Zuständigkeiten im Bereich der Planungs- und Genehmigungsverfahren. Es ist mir zwar gelungen, hohe Fördermittel für den Wirtschaftsaufschwung in Brandenburg beim Finanzminister zu erstreiten, aber in vielen Fällen fließt dieses Geld nicht schnell genug an die ursprünglichen Antragsteller ab, da die notwendigen Genehmigungen für Betriebsstätten nicht vorliegen und ich nicht zuständig bin für die Genehmigungserteilung. Zwar erteilen die brandenburgischen Behörden, verglichen mit denen der alten Bundesländer, Genehmigungen schneller, wie uns der Bundeswirtschaftsminister bestätigt. Die alten Industrien brechen indes noch schneller weg. Hier sind Gesetzgeber und Verwaltung gefordert. Wenn man die verzwickten Genehmigungsverfahren betrachtet, kann man sich auch fragen, ob die heutige Ressortabgrenzung noch richtig ist. Die heutigen Ressorts sind ja quasi im Wege der Zellteilung beim Auftauchen neuer Fragestellungen entstanden. Die Abgrenzung entspricht aber in vielem nicht mehr dem Grundsatz einer aufgabenzugeordneten Verwaltungsorganisation.

Die altliberale Forderung nach leistungsfähiger Verwaltung und beschleunigten Verfahren, die ich vorhin erwähnt habe, findet zur Zeit Widerhall und wird an der Rechtsentwicklung seit dem Fall der Mauer und vor allem an den Namen der inzwischen verabschiedeten Gesetze deutlich. Seit dem Mauerfall sind das Hemmnissebeseitigungsgesetz, das Investitionsvorranggesetz, das Planungsvereinfachungsgesetz und das Verkehrswegebeschleunigungsgesetz verabschiedet worden.

Allerdings machen schon die Namen der Gesetze deutlich, daß mehr an Symptomen kuriert wird. Das entstandene Grundmuster bleibt unverändert. Dennoch ist anzuerkennen: Der Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren gilt im Moment das Hauptaugenmerk des Bundesgesetzgebers. Die Notwendigkeit für eine solche Entwicklung war zwar schon vor der Wiedervereinigung absehbar, nicht zuletzt aufgrund des Europäischen Binnenmarktes, aber ob sie ohne die Dramatik der wirtschaftlichen Entwicklung im Osten Deutschlands so gekommen wäre, ist fraglich.

Die westlichen Bundesländer konnten aus der Distanz beobachten, was bei ihnen geschehen würde, wenn veraltete Industrien in großem Umfang schnell wegbrechen, die Ansiedlung neuer aber u. a. durch langwierige Verfahren behindert wird. Deshalb sind einige Alt-Bundesländer initiativ geworden und haben in den Bundesratsberatungen zum Investitionserleichterungsgesetz weitergehende Beschleunigungsvorschläge eingebracht. Dabei dürfte die Erkenntnis maßgebend gewesen sein, daß auf absehbare Zeit aufgrund besserer Förderbedingungen, steuerlicher Erleichterungen und höherer Fördermittel der neuen Bundesländer ein Subventionswettlauf nicht gewonnen werden

kann. Da aber die Alt-Bundesländer über erfahrene, eingespielte und meist gut besetzte Verwaltungen verfügen, setzen sie nun auf die Stärke dieser Verwaltungen, denen nur die Bremsklötze überkomplizierter Vorschriften und Verfahren aus dem Weg geräumt werden müssen. Einige Alt-Bundesländer verstehen ihre Amtshilfe für die neuen Bundesländer auch so, daß sie im Osten deutlich machen, daß es unweigerlich ein Demokratiedefizit bedeutete, wenn man auch nur eine der komplizierten gesetzlichen Regelungen nicht anwendete. Für mich erreicht das manchmal schon den Grad der Wirtschaftssabotage.

Aber immerhin, auch bei den alten Bundesländern setzt sich zunehmend die auch in der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts anklingende Erkenntnis durch, daß ein Höchstmaß an gesetzlicher Bindung im Lichte der besonderen Leistungsfähigkeit der Exekutive keineswegs das gebotene Optimum sein muß.

Die dauerhaft gewährleistete Fähigkeit der Verwaltungen, Planungs- und Genehmigungsverfahren mit größtmöglicher Beschleunigung durchführen zu können, wird ein Maßstab sein, der über die Qualität des Standortes Deutschland entscheidet.

Die Bedeutung von Investitionszuschüssen und Steuererleichterungen, also fiskalischen Maßnahmen, wird abnehmen, dagegen wird u.a. die Bedeutung des Qualifikationspotentials der Arbeitnehmer und die Qualität der Infrastruktur zunehmen im Zusammenhang mit der Frage, wo neue Investitionen stattfinden. Von überragender Bedeutung bleibt jedoch, daß die Behörden durch ihre Organisation und durch vereinfachte konzentrierte Abläufe in der Lage sind, Planungs- und Genehmigungsverfahren zur Ansiedlung neuer Industrien in kürzester Zeit durchzuführen. Danach werden die Bürger den Grad der Legitimität der politischen Ordnung der Bundesrepublik Deutschland bestimmen. Seinen Arbeitsplatz schreibt nämlich der Bürger der neuen Bundesländer – bei den alten wird das nicht anders sein – meist dem politischen System zu, das die Schaffung des Arbeitsplatzes ermöglichte oder verzögerte bzw. verhinderte.

2. Praxis im Land Brandenburg

Meine eigenen Möglichkeiten habe ich versucht, wirkungsvoll zu nutzen. Ich habe in Brandenburg eine sogenannte Ansiedlungsgruppe installiert, die die notwendigen Abstimmungsprozesse, die vor einer Neuansiedlung anfallen, innerhalb der Landesregierung koordiniert. Dies ist die Übernahme der Idee des Projektmanagements in die Verwaltung.

Diesem Gremium, das unter der Federführung des Wirtschaftsministeriums tagt, gehören das Umweltministerium, das Stadtentwicklungs- und Verkehrsministerium sowie die Staatskanzlei an. Vertreter anderer Häuser, der Treuhand und der Region werden entsprechend den Projekten hinzugezogen. Die Ansiedlungsgruppe ist vor fast 2 Jahren installiert worden. Sie hat sich bewährt. In den meisten Fällen konnte schnelle Einigkeit über die Ansiedlung und die einzuleitenden Verfahren erzielt werden. Um Streitfälle, die besonders zwischen dem Umwelt- und dem Wirtschaftsministerium gar

nicht zu vermeiden sind, konstruktiv anzugehen, haben wir in Brandenburg zusätzlich eine Staatssekretärsrunde geschaffen, die in den umstrittenen Fällen vorab politisches und damit auch verfahrensmäßiges Einverständnis anstrebt, damit nicht zu viele Streitfragen ins Kabinett müssen.

Nicht zuletzt aufgrund der Ansiedlungsgruppe hat Brandenburg eine Menge neuer Investoren ins Land ziehen können. Ich möchte hier ausdrücklich betonen, daß der spektakuläre Rückzieher von Mercedes-Benz vom Neubau einer Produktionsstätte in Ahrensdorf, der aufgrund der Marktsituation des Unternehmens erfolgte, keineswegs repräsentativ für unsere sonstigen Investoren ist. Relevant ist aber, daß im Vorstand von Mercedes-Benz klar ist, daß die Produktivität im übernommenen und inzwischen modernisierten Werk Ludwigsfelde fast 30% höher (!) ist als im Werk Wörth. Das klingt und ist auch sensationell.

Als ein Beispiel für flexibles Handeln der Verwaltung möchte ich das folgende erwähnen. Ein gravierendes Problem, das ein weltbekanntes großes Chemieunternehmen in Ludwigshafen betraf – auf Namensnennung verzichte ich, denn dies wird ja heute Politikern als einseitige Parteinahme und Werbung angekreidet – wurde am Montagabend einer Woche an mich herangetragen. Wir haben sofort am Dienstag im Kabinett darüber gesprochen und am Freitag derselben Woche, morgens 7.00 Uhr, fand das klärende Gespräch zwischen den Verantwortlichen in Verwaltung, Politik und Unternehmensvorstand statt und alle Dinge wurden zur Zufriedenheit geklärt.

Möglicherweise wäre es im Westen Deutschlands als Zumutung empfunden worden, solch eine wichtige Sitzung morgens 7.00 Uhr anzusetzen, aber im Osten ist das nichts Ungewöhnliches für die Verwaltung, und vom Unternehmen wurde der Termin akzeptiert, sogar mit Freude, weil in der Besprechung die abschließende Lösung vereinbart wurde.

Für besonders strukturschwache Regionen wie die mittlere Oder (Frankfurt, Eisenhüttenstadt, Guben) und die Lausitz haben wir zu weiteren Verfahrensvereinfachungen sogenannte Anschubgruppen eingesetzt, in denen Vertreter aller in der jeweiligen Region relevanten Gruppen mitarbeiten. Arbeitskreise treffen sich vor der Ansiedlungsgruppe, da sie Konzeptionen für Teilregionen erarbeiten und Direktmaßnahmen zur Umsetzung ergreifen sollen.

Flächendeckend hat die Landesregierung fünf regionale Aufbaustäbe eingesetzt und hochrangige Vorsitzende dafür gewonnen: Bundesbankpräsident a.D. Dr. Pöhl, den Aufsichtsratsvorsitzenden der Deutschen Bank Dr. Christians, den ehemaligen Bundeswirtschaftsminister Dr. Haussmann, den ehemaligen Bundesfinanzminister Matthöfer und den deutschen Botschafter in London Dr. von Richthofen. Bei den Sitzungen der Aufbaustäbe treffen sich die Landräte und Oberbürgermeister, Vertreter von Verbänden und Kammern mit Vertretern der Landesregierung, um regionalwirtschaftliche Vorhaben auf den Weg zu bringen. Durch die Herbeiführung eines regionalen Konsenses werden einerseits die noch fehlenden regionalen Planungsvorgaben ersetzt, andererseits der notwendige Informations- und Gedankenaustausch zwischen Regionen und Landesregierung beschleunigt. Politische Kommunikation findet statt zur Problemlösung.

Mein Fazit aus all dem ist: Staatliche Administrationen stehen im Wettbewerb insbesondere bei Wirtschaftsansiedlungen. Das merken wir im Osten Deutschlands besonders deutlich. Deshalb muß die Verwaltung möglichst schnell effizient handeln.

Wettbewerbsfaktoren erster Güte, gerade in den Augen potentieller Investoren, sind Qualität und Tempo der Arbeit von Behörden.

Einen bedeutenden anderen Punkt der Veränderung staatlicher und kommunaler Aufgaben will ich nur nennen, aus Zeitmangel nicht weiter ausführen. Angesichts der Aufgabenfülle, die eine gewaltige Finanzkraft erfordert, ist deutlich, daß der Staat diese Aufgaben mit Steuergeldern nicht erledigen kann. So hoch wie von den Aufgaben her nötig könnte man die Steuern gar nicht erhöhen, ohne die Wirtschaft zu erdrosseln. Die Aufgaben (z.B. Bau und Betrieb von Krankenhäusern, Wasser- und Abwassersystemen) müssen aber möglichst gestern gelöst sein. Endlich kommt eine Diskussion in Gange, stärker Private zur Erledigung öffentlicher Aufgaben einzuschalten. Der Druck elementarer Notwendigkeiten im Osten könnte endlich bewirken, den Staat in Deutschland mit seinen krebsartig gewucherten Funktionen wieder zurückzuschneiden auf seinen eigentlichen Kern. Der schlanke Staat würde in neuer Effizienz bürgernaher sein als der allgewaltige, aber lahmende Staat von heute. Übrigens: internationales Interesse am Einsatz von privatem Kapital für Infrastrukturvorhaben, die sich über Gebühren refinanzieren lassen, gibt es zuhauf.

3. Rahmenbedingungen und aktuelle wirtschaftspolitische Fragen zum Aufschwung Ost – Sicht der Menschen

Die Menschen wollen vor allem soziale Sicherheit durch Arbeitsplätze. Manche wollen einfach ihren alten Arbeitsplatz behalten. Die meisten wissen aber, daß nur mit neuen wettbewerbsfähigen Arbeitsplätzen Sicherheit gegeben ist. Das vorrangige Ziel der deutschen Wirtschaftspolitik bleibt – zumindest was das Inland betrifft – auf absehbare Zeit der Aufbau einer leistungsfähigen Wirtschaft in den neuen Bundesländern. Denn wenn es dem Osten auf Dauer schlecht geht, wird es dem Westen nicht auf Dauer gut gehen. Deshalb gilt es, die nötigen Voraussetzungen, sprich Rahmenbedingungen, für eine positive Entwicklung im Osten Deutschlands zu schaffen.

3.1 Wirtschaftslage in den neuen Bundesländern

Die Wirtschaftslage in den neuen Bundesländern prägen zwei gegenläufige Prozesse:

1. Fortschritte bei der Überwindung der Strukturkrise, mit der sich 40 Jahre Planwirtschaft von der Bühne verabschiedet haben.
2. Die laut Alan Greenspan – „widerspenstigste Flaute der Weltwirtschaft seit den 50er Jahren“, in die zunehmend auch Westdeutschland hineingezogen wird.

Charakteristisch für die Entwicklung im Osten ist eine zwiegespaltene Entwicklung. Der Aufwärtstrend insgesamt kommt nur äußerst schleppend voran, obwohl die Bauwirtschaft mit einem Plus von 30% gegenüber dem Vorjahr, das Handwerk und die

Dienstleistungen deutlich expandieren. In der Industrie aber geht der Absatz deutlich zurück, zugleich werden Arbeitskräfte weiter entlassen. Für 1992 ist mit einer Zunahme des realen Bruttoinlandsprodukts mit etwas über 6% im Osten zu rechnen, 1993 mit einem ähnlichen Wachstum, jeweils allerdings von einer sehr niedrigen Ausgangslage. Dieses Wachstum wird nicht reichen, um die Lage auf dem Arbeitsmarkt nachhaltig zu verbessern.

Trotz aller Schwierigkeiten gibt es Hoffnungen, daß sich der Aufbauprozeß insgesamt verstärkt. Dafür sprechen die Zuwächse bei Neugründungen bzw. Gewerbeanmeldungen. Allein in Brandenburg waren dies 1991 und 1992 netto 46000, unter Berücksichtigung der Abmeldungen. Für alle neuen Bundesländer zusammen rechnet man seit Beginn 1991 mit etwa 300000 Netto-Gewerbeanmeldungen. Eine phantastische Zahl, in der sich Leistungswillen und Vertrauen der Menschen in ihre Zukunftskraft widerspiegeln.

Die Anmeldungen von Investitionen sind ebenso beachtlich. Sie werden nach unterschiedlichen Schätzungen von 100 bis 110 Milliarden 1992 auf 120 bis 130 Milliarden 1993 steigen. Die Pro-Kopf-Investitionen werden 1993 deutlich höher als 1992 sein.

Schwierig bleibt es insbesondere für die ostdeutschen Unternehmen aus dem industriellen Bereich. Ihre früheren Produkte sind oft nicht gefragt oder es werden nicht die notwendigen Preise dafür gezahlt. Die Finanzdecke der Betriebe ist dünn und die Chancen, im Westen ertragsstarke Märkte zu finden, werden derzeit aufgrund der Konjunktur eher schlechter statt besser.

Neben den für alle Unternehmen wesentlichen Marktproblemen stellen sich zusätzlich Kapitalprobleme und insbesondere für den Mittelstand auch Eigentumsprobleme. Dies führt dazu, daß die dinglichen Sicherheiten für Kredite nicht gegeben sind, sodaß zusätzliche Kapitalprobleme auftreten. Wir haben eine Mittelstandsbeteiligungsgesellschaft mit den Banken gegründet, um über Bereitstellung von stillem Kapital hier zu helfen. Hilfen sind in vielen Bereichen noch für Jahre notwendig, insbesondere um die Investitionstätigkeit auf breiter Front zu fördern und dadurch neue Arbeitsplätze zu schaffen. Für ganz Deutschland muß es ein stärkeres Umschalten vom Konsum auf Investitionen geben. Es muß wieder stärker das Erwirtschaften in den Vordergrund rücken gegenüber dem Verteilen und Umverteilen. Im Zusammenhang mit mehr Hilfen für den Osten ist allerdings auch das Letztere notwendig. Nach Absicht der Bundesregierung soll dies in Form eines Solidarpaktes geschehen.

3.2 Solidarpakt

Der Solidarpakt ist inzwischen in aller Munde – ein meines Erachtens hochgestochener, aber bisher schillernder und unbestimmter Begriff. Einzelheiten werden derzeit intensiv diskutiert. Der Name macht nur einen Sinn, wenn am Ende alle Beteiligten auch Garantien für ihr entsprechendes Handeln abgeben können. Das aber ist eigentlich nur für die politische Seite der Fall. Dort können Haushaltsmittel umgeschichtet werden. Per Beschluß aller politischen Kräfte gilt dies dann. Im Bereich der Tarifpartner kann weder der DGB die einzelnen Gewerkschaften zu der notwendigen Überprüfung

der Tarifvereinbarungen, insbesondere im Osten, bringen noch können BDI/BDA Garantien für ihre Mitgliedsunternehmen im Hinblick auf die notwendigen höheren Investitionen abgeben.

Der Streit über die Aufkommens- wie über die Verteilungsseite wird heftig sein. Die ohnehin angespannte wirtschaftliche Lage verbietet es, weitere Belastungen für die Betriebe zu beschließen. Insofern scheiden aus volkswirtschaftlichen Gründen Steuererhöhungen aus. Wie schwierig Subventionskürzungen sind, hat die Vergangenheit gezeigt, dennoch führt daran kein Weg vorbei. Auch die Einschränkung von Sozialleistungen, also die Konsumseite, steht auf dem Prüfstand. Allerdings sind hier die Möglichkeiten der Reduzierung recht beschränkt, denn an einer Mindestsicherung will keiner rütteln. Ob über Abstellen von Mißbräuchen die Summen zusammenkommen, die notwendig sind, ist fraglich. Eines ist sicher: Ohne eine ausreichende Verteilung der Lasten auf alle Schichten der Bevölkerung wird es sicher einen „Solidarpakt" nicht geben. Wichtig ist auch, daß die Politik nicht wartet, bis sich die Sozialpartner erklären, sondern selbst handelt.

3.3 Lohnpolitik

Die Entwicklung der Löhne spielt im Osten Deutschlands in mehrfacher Hinsicht eine wichtige Rolle, obwohl die Löhne keinswegs alleinentscheidender Kostenfaktor sind. Stellen wir uns der Aufgabe, Zukunftschancen für die Industrie zu suchen, so ist völlig klar, daß eine undifferenzierte Lohnerhöhung von 26% am 1. April 1993 für viele Betriebe das „Aus" bedeuten wird. Einen solchen Sprung verkraften nicht einmal die wettbewerbsfähigsten Betriebe, geschweige denn die ohnehin mit Kostenproblemen kämpfenden Betriebe im Osten. Gegen diese Einschätzung spricht nicht, daß aus Treuhandbetrieben kaum eine kritische Stimme zu diesem Thema zu hören ist, denn dort werden ja die Verluste vom Staat bzw. der Treuhand ausgeglichen. Die Probleme stellen sich handfest in den privatisierten oder reprivatisierten Betrieben. Alles in allem gilt doch insbesondere für die Industriebetriebe, daß sie in der Zange zwischen der hohen Produktivität im Westen und den niedrigen Löhnen in Osteuropa eine Absatzchance suchen müssen. Ich gehöre nicht zu denen, die jetzt rückwirkend den Stufentarifkompromiß von 1991 schelten. Damals war zwar schon klar, daß keine ausreichende Orientierung am Produktivitätsfortschritt gefunden wurde, aber immerhin wurde die Vereinbarung vor dem Auseinanderbrechen der Sowjetunion und damit dem fast völligen Wegfall der Ostmärkte getroffen. Zum anderen hat damals die Vereinbarung vielleicht doch dazu beigetragen, die Abwanderungswelle nicht wieder größer werden zu lassen.

Aber wenn sich die Zeiten verschlechtern, wie jetzt mit einem Rückgang des Bruttosozialprodukts im Westen Deutschlands und einem viel zu geringen Wachstum in Ostdeutschland, dann muß man in der Lage sein, Korrekturen vorzunehmen, insbesondere die Möglichkeit zu mehr Differenzierung auf betrieblicher Ebene schaffen. Es gibt Betriebe, die eine höhere oder genau so hohe Produktivität wie im Westen haben, dafür gibt es in Brandenburg viele Beispiele. Dort können auch die höheren Löhne gezahlt werden.

Andere Betriebe haben noch eine sehr schlechte Produktivität. Dort kann die vorgesehene Lohnerhöhung das Ende des Betriebes bedeuten. Die durchschnittliche Produktivität ist in Ostdeutschland seit dem 2. Halbjahr 1990 nur geringfügig gestiegen, die Lohnstückkosten aber haben sich im selben Zeitraum um gut ⅔ erhöht, während sie in Westdeutschland konstant blieben. Gerade im Bereich Metall- und Elektroindustrie geht es darum, wettbewerbsfähige Teile traditioneller Industriebetriebe zu retten. Dies ist letzten Endes eine Markt- und Kostenfrage. Man kann nicht alles auf einmal haben, die Rettung der industriellen Kerne und ein starres Festhalten an früher getroffenen Regelungen. Hier sind die Tarifpartner gefordert, der Situation gerecht zu werden.

3.4 Wirtschaftsförderung in Brandenburg – Instrumente und Ergebnisse

Hauptinstrument der Wirtschaftsförderung ist in der Bundesrepublik die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur", die finanziell durch den EG-Regionalfonds und 1991/92 durch das Gemeinschaftswerk Aufschwung Ost ergänzt wurde.

Brandenburg hat die Regionalförderung schnell und unbürokratisch gehandhabt. In den Jahren 1991 und 1992 wurden knapp 1300 Investitionsvorhaben gefördert, davon ca. 1200 für die gewerbliche Wirtschaft und ca. 100 Infrastrukturvorhaben. Mit der Bewilligungssumme von 2,8 Mrd. DM konnte ein Investitionsvolumen von 12,7 Mrd. DM angeschoben werden. Die Investitionen der gewerblichen Wirtschaft schafften und sicherten allein 63 891 Arbeitsplätze.

Besonders zu unterstreichen ist, daß auch der vollständige Mittelabfluß gewährleistet werden konnte. Das ist bei einer Verwaltung im Aufbau, so denke ich, eine gute Leistung und widerlegt alle Redereien über ein zu langsames Verwaltungshandeln. Im Gegenteil: In Brandenburg haben wir uns dafür entschieden, der Schnelligkeit der Verwaltung hohe Priorität beizumessen. Ich wiederhole meine feste Überzeugung, daß heute in Deutschland die öffentlichen Verwaltungen der Länder untereinander in hartem Wettbewerb stehen. Dabei zählt am Ende neben der Qualität der Arbeit vor allem das Tempo der Aufgabenerledigung. Zu Recht will ein Unternehmen wissen, ob der Staat dazu beiträgt, daß seine strategischen Überlegungen im Markt ein Erfolg werden oder nicht.

Unsere Förderkriterien haben wir seit 1990 geändert. Zunächst wurde überall im Lande gefördert, wo sich etwas regte. Dieses der Gießkanne ähnliche Prinzip des ersten Jahres wurde inzwischen durch eine differenzierte Regionalförderung abgelöst. Um es auf einen kurzen Nenner zu bringen: Je weiter von Berlin weg, desto höher die regionale Förderung. Dabei wird es künftig eine stärkere Berücksichtigung der Schwerpunktorte und Mittelzentren entsprechend unserem raumordnerischen Leitbild der „dezentralen Konzentration" geben. Die Wirtschaft Brandenburgs soll in der Förderungspolitik jetzt schon darauf ausgerichtet werden, daß es wahrscheinlich ab Anfang 1995 keine Sonderregelungen für den Osten Deutschlands mehr gibt.

Mit einem konzentrierten Einsatz der Fördermittel in Schwerpunktorten, selbstverständlich verbunden mit dem vorrangigen Ausbau der dortigen Infrastruktur, können

Entwicklungskerne in die entfernten Regionen Brandenburgs eingepflanzt werden, die auf ihr ländliches Umland ausstrahlen und so auch der Abwanderung entgegenwirken.

Eine schnelle Umsetzung von Beschlüssen zur Strukturentwicklung des Landes ist erforderlich. Dafür sind die geschilderten Institutionen wie Ansiedlungsgruppe, Aufbaustäbe und Anschubgruppen prädestiniert. Auch die regionalen Wirtschaftsfördergesellschaften tragen zur Durchsetzung der Maßnahmen und zur regionalen Akzeptanz bei.

3.5 Wirtschaftsförderung in Ostdeutschland – neue Akzente sind erforderlich

Lassen Sie mich in aller Kürze darauf hinweisen, daß die Wirtschaft stärker belebt und der Arbeitsmarkt konkret entlastet werden könnte, wenn die erforderlichen staatlichen Zuschüsse nur in vollem Umfang zur Begleitung all der angemeldeten Investitionen bereitgestellt werden könnten.

Allein für Brandenburg bräuchten wir 3,2 Mrd. DM für Investitionszuschüsse, um die vorliegenden Anträge mit einem Investitionsvolumen von über 16 Mrd. DM bedienen zu können. Verfügbar sind 1993 bisher 1,3 Mrd. DM. Hier mahne ich im Interesse des schnellen Aufbaus ausreichende GA-Mittel aus Bonn an. Wir müssen dann ohnehin die gleiche Summe bereitstellen. Aber nur neue Investitionen schaffen die erforderlichen Arbeitsplätze. Sehr wirkungsvoll zur Ankurbelung von Investitionen wäre auch ein Wiederaufleben der Ende 1991 ausgelaufenen kommunalen Investitionspauschale in Höhe von etwa 300 DM je Einwohner, daß heißt von insgesamt 5 Mrd. DM.

Neben der Investitonsförderung bedarf es aber aktuell – um die Auftragsschwäche vieler östlicher Unternehmen zu beheben oder zumindest zu mildern – einer gezielten Absatzförderung. Die Unternehmen müssen wieder Marktanteile im Kampf mit anderen zurückerobern.

Zu den wichtigen Maßnahmen der gezielten Absatzförderung gehört ein ganzes Bündel von Instrumenten, angefangen von Schulungen (z.B. über die Regeln öffentlicher Auftragsvergabe), über die Verbesserung der Informationsbasis (Angebotsprofile ostdeutscher Unternehmen, Lieferverzeichnisse, Vergabestellen), über die Ausweitung von Hermesbürgschaften und über die Übernahme von Liefergarantien bei Kompensationsgeschäften im Osthandel bis hin zu Hilfsprogrammen zum Ausbau der Infrastruktur in den GUS-Ländern. Die größten Effekte würden aber vermutlich von folgenden Maßnahmen ausgehen:

1. Steuerpräferenz bezogen auf die Wertschöpfung oder eine Wertschöpfungszulage.
2. Öffentliche Auftragsvergabe vorrangig an Unternehmen aus den neuen Bundesländern (local-content-Klausel).

In jedem Fall sollte die Präferenz auf die verarbeitende Industrie beschränkt werden und auf die in den neuen Ländern erbrachte Wertschöpfung. Von vornherein sollte eine solche Regelung eine Übergangsmaßnahme sein.

Einer verstärkten öffentlichen Auftragsvergabe an Unternehmen in Ostdeutschland stehen bisher die unterschiedlichsten Handlungsgründe entgegen (Unkenntnis, fehlendes Behördenmarketing, Ausschreibungen in zu großen Losen). Erforderlich wäre eine

Verpflichtung für die öffentlichen Hände, einen bestimmten Anteil ihrer Aufträge in die neuen Länder zu vergeben, allerdings unter Beachtung der sparsamen Verwendung öffentlicher Gelder. In die gleiche Richtung gehen würde eine Bindung staatlicher Förderung privater Investitionen an die Vergabe von Aufträgen der Investoren an ostdeutsche Unternehmen. Mir ist bewußt, daß hier der Subventionsspielraum der EG arg strapaziert wird, aber ich bin dafür, den Spielraum für solche Regelungen im Interesse der Sache bis an die äußerste Grenze für einen Übergangszeitraum auszuschöpfen.

3.6 Industrielle Kerne

Bei diesem Stichwort muß ich zunächst vorwegstellen, daß es grundlegende Unterschiede zwischen den Aufgaben der Treuhandanstalt und der Wirtschaftspolitik der Länder allein deshalb gibt, weil eine Privatisierung von Staatsbetrieben, so schwierig sie im Einzelfall ist, immer sehr viel weniger ist, als der komplette Neuaufbau einer leistungsfähigen Wirtschaft. Deshalb gibt es natürliche Spannungen zwischen Treuhandanstalt und den Wirtschaftsministerien der Länder. Beim Neuaufbau einer Wirtschaft spielt angesichts einer vorhandenen industriellen Infrastruktur der Erhalt der industriellen Kerne eine essentielle Rolle.

Das Wort „Erhalt" hat dabei ganz wesentlich die polemisch zugespitzte Diskussion mit verursacht. Wer sich für den Erhalt der industriellen Kerne im Osten Deutschlands ausspricht, wird je nach rhetorischem Geschick des Angreifers ironisch, sarkastisch oder plump niedergemacht mit der Behauptung, er wolle die von der DDR hinterlassenen Industrie-Dinosaurier konservieren. Das ist natürlich Unsinn. Wer so argumentiert, sucht einen Pappkameraden, um zu verdecken, daß er nichts tun will, um die schon weit fortgeschrittene Deindustrialisierung im Osten Deutschlands zu stoppen.

Es geht nicht um Konservierung, es geht vielmehr um eine Neustrukturierung und damit Zukunftsentwicklung der industriellen Standorte im Osten Deutschlands. Und dies ist aus guten volkswirtschaftlichen Gründen notwendig. Zum einen gibt es an vielen Orten eine erschlossene und für die Industrie nutzbare Infrastruktur. Anderswo müßte diese erst auf grüner Wiese zu Lasten der Natur und des Steuerzahlers neu geschaffen werden.

Zum zweiten, und das ist noch wichtiger, gibt es an den Industriestandorten hervorragend ausgebildete Arbeitskräfte, die bisher ihr Brot durch Industrietätigkeit verdienten und die das unverzichtbare „Humankapital" für den Neuaufbau der Wirtschaft sind. Übrigens, wie hoch die Qualität der ostdeutschen Fachkräfte im technischen Bereich ist, können Sie sich gern von einem westlichen Investor bestätigen lassen.

Es macht volkswirtschaftlich Sinn, eine neue Zukunft für die Industriestandorte und Industrieregionen zu suchen, denn natürlich brauchen wir im Osten Deutschlands neue Industriebetriebe, wenn nicht eine Dauersubventionslandschaft entstehen soll. Regionen werden sich nur dann sinnvoll selbst entwickeln, wenn sei auch Wirtschaftszweige mit hoher Wertschöpfung, wie es die Industrie ist, haben.

Die Treuhandanstalt hat ihre Hauptaufgabe in der schnellen betriebsbezogenen Privatisierung gesehen. Oft wurde nicht einmal ein Paar Schuhe zusammen verkauft,

sondern jeder Schuh einzeln. Da muß man sich nicht wundern, daß der Preis, den man erzielte, schlecht war, und daß Kundenkontakte, das heißt der Vertrieb, in fast jedem Fall völlig neu aufgebaut werden mußte. Oder es wurde, wie in Schwedt, mit dem Verkauf des dortigen Petrochemischen Kombinats gleichzeitig eine riesige Fläche nicht betriebsnotwendiger Grundstücke, die zufällig zum Kombinat gehörten, mit verkauft, so daß die Stadt jetzt erhebliche Probleme hat, eine eigene Gewerbepolitik neben dem Riesenbetrieb am Ort zu entwickeln. Weitergehende Ansätze im Rahmen der Privatisierung, wie die integrierte Standortentwicklung, wurden nur unzureichend angepackt, wenn sie überhaupt im Blickfeld waren. Hier haben die Länder bisher lange auf Flexibilität der THA gewartet. Inzwischen gibt es Anzeichen, in Brandenburg z.B. in Eisenhüttenstadt und Finow, daß sich dies ändert und eine solche integrierte Standortentwicklung gemeinsam mit Land und Kommune betrieben wird.

Das Ergebnis nach 3 Jahren Arbeit der Treuhandanstalt ist einerseits ein großer Privatisierungserfolg. Da ist viel geleistet worden. Oft wird aber verschwiegen, wieviele Unternehmen dabei zerschlagen wurden und wieviele Betriebsteile verloren gingen. Es ist nach meiner Überzeugung höchste Zeit, die Politik der Treuhandanstalt auch auf strukturpolitische und regionalwirtschaftliche Ziele auszurichten. Übrigens wird man nur dann vernünftige Grundstückspreise für die vielen THA-Grundstücke erzielen, wenn gemeinsam vor Ort die neuen Ziele der regionalen Entwicklung definiert werden.

Sachsen hat mit der Treuhandanstalt als Alternative zur bisherigen Privatisierungspolitik das „Atlas-Modell" vereinbart. Die Landesregierung Brandenburg hält dieses Modell nicht für tragfähig. Die Treuhandanstalt verlagert dabei ihre Verantwortung lediglich auf das Land, das zusätzliche Gutachten bestellen und bezahlen darf, aber alle Entscheidungen bleiben bei dem Eigentümer Treuhand. Die THA versucht, sich nur noch um einen Teil der zu privatisierenden Betriebe zu kümmern. Sie verlagert die Kosten der Sanierung in diesem Fall auf das sächsische Förderinstrumentarium. Die Vorteile für Sachsen sind nicht zu sehen. Das Recht, neue Gutachter zu beauftragen und neue Konzepte zu erarbeiten, ist alles.

Mir ist das zu wenig. Finanzielle Mitverantwortung durch die Landesregierung kommt nur dann in Frage, wenn klare Mitspracherechte festgelegt werden. Das sehe ich nicht beim sächsischen Modell. Auch darf die THA nicht weiter darin bestärkt werden, sich nur um „interessante" Fälle zu kümmern. Mir schwebt vor, daß die Treuhandanstalt für alle Problemregionen bzw. Standorte einen originären Beitrag zum integrierten, regionalen Entwicklungskonzept leistet.

Diese Konzepte mit dem Ziel der zukunftsorientierten Entwicklung und Umstrukturierung von Standorten (ZEUS nennen es deshalb einige in Brandenburg) müssen gemeinsam von Landesregierung, Regionen und Treuhandanstalt aufgestellt werden, damit strukturelle Aspekte genügend Eingang in die Überlegungen finden. Dabei sollten Gewerkschaften und Arbeitgeber von Anfang an mit in den Abstimmungsprozeß einbezogen werden. Aber es dürfen keine Strukturräte à la SPD als Trojanische Pferde staatlichen Handelns entstehen. Wichtig ist auch, daß nicht neue Verwaltungshemmnisse aufgebaut werden, daß vielmehr jede institutionelle Veränderung von Verfahrensvereinfachung begleitet ist.

Hier breche ich einfach ab, meine Damen und Herren, obwohl so vieles zu vertiefen wäre. Sie wissen, ich bin Wirtschaftsminister in Brandenburg, im Lande Theodor Fontanes. Und mit einem Zitat von ihm möchte ich auch schließen: „Das ist ein weites Feld (Luise)." Dieses Motto gilt auch für mein Thema. Es wird morgen wieder völlig neue Aspekte haben. Eines bleibt, neben und hinter allen wirtschaftlichen Problemen: Es ist ein lohnendes Ziel, die Menschen im Osten Deutschlands, die durch den rasanten Wirtschafts- und Gesellschaftsumbruch fast erschlagen sind, wieder aufzurichten. Die Herstellung der inneren Einheit bedarf noch großer gemeinsamer Anstrengungen über viele Jahre hinweg.